

Axel Troost

Was heißt alternative europäische Wirtschaftspolitik heute?¹

Beitrag zur Festschrift für Heinz-J. Bontrup (erschienen am 25. Januar 2019
<https://shop.papyrossa.de/Marquardt/Pulte-Mythos-Soziale-Marktwirt>)

1. Einleitung

Ein alter Traum der Menschheit ist es, dass technischer und wissenschaftlicher Fortschritt den Menschen befreien wird von mühseliger Arbeit. Obwohl die Produktion von Nahrung, Kleidung, Unterkunft heute tatsächlich nur noch einen Bruchteil des Aufwands wie in vorindustriellen Zeiten benötigt, sind wir von diesem Traum weit entfernt. Das hat mit gewachsenen Ansprüchen zu tun, denn die Bedürfnisse der Menschen haben sich weiterentwickelt. Es hat auch damit zu tun, dass Arbeit für die meisten Menschen von identitätsstiftender Bedeutung und nicht nur Belastung ist. Vor allem hat es aber auch damit zu tun, wie Wirtschaft organisiert und die Wertschöpfung verteilt wird. Unser Wirtschaftssystem ist auf der einen Seite geprägt durch überbordende Effizienz (stark rationalisierte Produktion), auf der anderen Seite durch überbordende Ineffizienz (z.B. Konsum zu Statuszwecken, Verschwendung) und höchst ungleichmäßige Verteilung, die auf der einen Seite zu Überfluss, auf der anderen Seite zu Mangel führt. All dies ist das Ergebnis von Wirtschaftspolitik.

Ökonomie ist geprägt von Wertvorstellungen, auch wenn viele ökonomische Narrative heute mit der Exaktheit von Naturwissenschaft daherkommen. Für Wirtschaftspolitik gilt das erst recht. Trotz der subjektiven Komponenten ist Wirtschaftspolitik kein beliebiges „Wünsch-Dir-Was“, sondern auch eine Wissenschaft und dann ein sehr lebendiges und vielfältiges Forschungsfeld. Heutige Ökonomen treten leider oft genug als Spaßbremsen auf, die erklären, warum diese oder jene politischen Vorschläge aufgrund von Sachzwängen („der Weltmarkt“, „der Wettbewerb“) nicht möglich sind. Dabei schwingen eine Vielzahl von nicht ausgesprochenen Annahmen mit, die in der Regel nicht mehr hinterfragt werden. Diese Verengung ist schade und schädlich.

Die deutschen Wirtschaftspolitiken der Nachkriegsjahre waren im Westen von der neo- bzw. ordoliberalen Freiburger Schule, aber auch den Lehren John Maynard Keynes mitgeprägt, im Osten durch den Sozialismus. Vom Wettstreit der Ideen ist heute kaum noch etwas zu spüren, nicht nur was die Konzeption von Wirtschaftspolitik in der Politikmaschinerie betrifft, sondern auch in der Wissenschaft. Die Plurale Ökonomik, die Dogmentheorie und die

¹ Erheblich überarbeitete Fassung der Festvortrages anlässlich der Verleihung des Jörg-Huffs Schmid-Preis 2017 am 6.12.2017 in Berlin

Vielfalt ökonomischer Denkschulen betont, fristet an deutschen Hochschulen ein Schattendasein. Im volkswirtschaftlichen Curriculum dominiert das neoklassische Modell von gleichgewichtigen Märkten, dessen Unzulänglichkeiten auch in höheren Semestern viel zu kurz kommen.

Tatsächlich ist die Bändigung von Märkten eine zivilisatorische Errungenschaft und diese Aufgabe hochkomplex. Wie die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* (AAW) in ihrem MEMORANDUM 1990 schrieb: „Der Markt‘ und ‚die Marktwirtschaft‘ sind abstrakte Fiktionen, denn es gibt sie nur in den mannigfaltigsten Formen. Nicht ‚der Markt‘ hat das hohe Niveau materieller Versorgung und sozialer Absicherung im Verlauf der 40jährigen Geschichte der Bundesrepublik hervorgebracht, sondern die spezifische Kombination von Markt, Klein- und Großunternehmen, Staat, gewerkschaftlicher bzw. basisdemokratischer Gegenmacht und Wertorientierungen der Bürger.“

Das deutsche Wirtschaftsmodell der Nachkriegszeit wird als soziale Marktwirtschaft bezeichnet. Ausländische Beobachter können damit meist wenig anfangen. Tatsächlich ist der Begriff unscharf und dadurch relativ unbestimmt – was eine analytische Schwäche, politisch aber seine große Stärke ist. Er ist flexibel und kann veränderten Gegebenheiten angepasst werden. So können unterschiedliche Bevölkerungs- und Interessengruppen angesprochen werden, damit diese sich mit den herrschenden Verhältnissen identifizieren und arrangieren können. Scheinbar gelingt dies aber immer weniger.

Trotz der Unschärfe lassen sich grundlegende Elemente der sozialen Marktwirtschaft ausmachen (ausführlicher im MEMORANDUM 1990). Die soziale Marktwirtschaft wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als dritter Weg zwischen Sozialismus und Liberalismus konzipiert. Freiheit des Marktes und sozialer Ausgleich sollten miteinander verbunden werden. Prägend war zum einen das Leitbild des vollständigen Wettbewerbs, zum anderen die Absicherung durch Sozialpolitik. Staatsinterventionen und die Korrektur von Marktergebnissen durch wohlfahrtsstaatlich begründete Eingriffe waren damals breit akzeptiert. Der Staatseinfluss war groß, was auch die hohe Anzahl an Beschäftigten im öffentlichen Sektor und staatliche Unternehmen (Bahn, Post, Energie, aber auch Volkswagen) belegte. Bestimmte Wirtschaftssektoren waren ganz bewusst nicht wettbewerblich organisiert.

Im Lauf der Jahre verschob sich die Bedeutung von Markt und Staat (ausführlich dargestellt im MEMORANDUM 2012) immer weiter; der Staat wurde gegenüber dem Markt stetig zurückgedrängt. „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“ – die Devise von Karl Schiller wurde in der Tendenz kontinuierlich zulasten des Staates ausgedeutet. Der seit den 1970er Jahren um sich greifende Neoliberalismus sah Wettbewerb und Marktwirtschaft und daraus resultierendes Wachstum als beste Form der Sozialpolitik. Staatliche

Lenkung erschien obsolet, da sie Märkte von ihrem optimalen Gleichgewichtszustand entfernt, der auf lange Sicht den größten Wohlstand für alle brächte (die inzwischen klar widerlegte „trickle down-“ bzw. Rossäpfel-Theorie). Es folgte die Privatisierung und Liberalisierung zahlreicher öffentlicher Unternehmen und Aufgaben. Was bisher als natürliches Monopol galt, wurde nun zur Arena für wettbewerblich agierende Akteure. Auf internationaler Ebene gesellte sich der massive Abbau von Handels- und Kapitalverkehrsbeschränkungen dazu, einerseits über die Europäische Gemeinschaft / Europäische Union, andererseits durch globale Institutionen wie die Welt handelsorganisation WTO. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks standen staatliche Planung und Lenkung endgültig auf verlorenem Posten. Der dadurch ermöglichte Durchmarsch des Neoliberalismus bescherte der Weltwirtschaft aber schließlich mit der 2007 ausgebrochenen Finanz- und Wirtschaftskrise einen herben Schluckauf. Seinem Ansehen – schon vorher durch eine schwache Erfolgsbilanz eingetrübt – hat die Krise schwer geschadet, aber dennoch erfreut sich der Neoliberalismus weiter großer Beliebtheit. Um Interessen zu verbrämen, lässt sich die Ideologie von der wohlstandsmehrenden Eigennutzenmaximierung immer noch gut gebrauchen.

Alternative Wirtschaftspolitik setzt bei den zu beobachtenden Mängeln unserer derzeitigen Wirtschaftsordnung an. Im Kontrast zu einer auf Privatinteressen fokussierten Wirtschaftspolitik setzt sie auf eine Politik, die Gemeinwohl und ein hohes Niveau staatlich organisierter Wohlfahrt anstrebt. Zu den Zielen gehört die Sicherung sinnvoller Arbeitsplätze, die Verbesserung des Lebensstandards, der Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit und wirksamer Umweltschutz. Hierin eingeschlossen ist die Kritik und Zurückweisung der Vorstellungen und Theorien, die Beschäftigung, Einkommen, Sozialleistungen und Umweltschutz den Gewinnen der Privatwirtschaft nach- und unterordnen.

Dabei versteht sich Alternative Wirtschaftspolitik als Abgrenzung zum vorherrschenden wirtschaftspolitischen Denken – sonst wäre sie keine „Alternative“. Zwei institutionelle „Leuchttürme“, zu denen diese Abgrenzung erfolgt, sind dabei besonders hervorzuheben: Zum einen der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ als Beratungsgremium der Bundesregierung, für dessen Verständnis von Wirtschaftspolitik der Titel „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“, so eines seiner letzten Jahresgutachten, sehr bezeichnend ist. Zum anderen zu nennen ist die Bundesbank als Gralshüterin einer stark zurückgenommenen, auf Inflationsbekämpfung fokussierten Geldpolitik. In Reaktion auf das Jahresgutachten des Sachverständigenrats legt die AAW jedes Jahr im Mai ein alternatives Gegengutachten vor, das sich nicht rein an diesem Gutachten arbeitet, sondern auch eigene Konzepte vorstellt und weiterentwickelt. (Hin und wieder war die AAW sich übrigens aber auch mit den genannten Institutionen einig, etwa mit dem Sachverständigenrat, was die Schädlichkeit der

Schuldenbremse für öffentliche Investitionen angeht oder mit der Bundesbank, dass die gemeinsame Währung Euro eine viel weitergehende politische Integration erfordert. Die daraus gezogenen Schlussfolgerungen waren dennoch andere.)

2. Mängel der derzeitigen Wirtschaftsordnung

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat die Mängel des deutschen Wirtschaftsmodells / der sozialen Marktwirtschaft in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich herausgearbeitet. Eine grundlegende Auseinandersetzung findet sich etwa in den bereits erwähnten Memoranden 1990 und 2012. Die Kritikpunkte sind vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Umwelt- und Klimakrise, der Krise des Finanzmarktkapitalismus und der Erosion der EU neu zu bewerten.

Folgende schwere Mängel der derzeitigen Wirtschaftsordnung setzen einen grundlegenden Umbau voraus.

- Ein seit Jahrzehnten unangefochtener Makel ist die Konzentration von Macht beim Kapital. Die Eigentümer und das von ihnen eingesetzte Management bestimmen über die Art, die Anzahl und die Qualität an Arbeitsplätzen sowie über die produzierten Waren und Dienstleistungen. Außerdem verfügt das Kapital über die Investitionen und die Gewinne. Zwar wird im deutschen Modell der Mitbestimmung auch die Belegschaft an Entscheidungen beteiligt, dies allerdings nur stark eingeschränkt. Die Unternehmenskontrolle durch Mitbestimmung wurde zudem durch den schwindenden Organisationsgrad der Gewerkschaften und institutionellen Wandel ausgehöhlt. Für die viel weitergehende Einbeziehung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Umweltverbänden hat insbesondere Heinz-J. Bontrup in der AAW die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie aufgegriffen und weiterentwickelt.
- Der Raubbau an der Natur schreitet immer weiter voran. Klimawandel, Zerstörung der Artenvielfalt, Bodenverluste und die Verschmutzung der Umwelt sind die Kehrseiten des enormen wirtschaftlichen Outputs. Da Unternehmen ständig vom Untergang bedroht sind, sind die Eroberung neuer Märkte und der Absatz von immer mehr Produkten rationale Überlebensstrategien. Dabei besteht der Anreiz, Umweltkosten als externalisierte Kosten auf die Gesellschaft überzuwälzen. Dem liegt ein lineares Verständnis von Wirtschaften zugrunde: auf die Entnahme aus der Natur folgt die Produktion mit der darauffolgenden unvermeidlichen Deponierung von Abfällen in die Natur.
- Seit Jahrzehnten wird Deutschland von struktureller Massenarbeitslosigkeit geplagt, auch wenn die Beschäftigungszahlen in den letzten

Jahren wieder gestiegen sind. Zu 2,3 Millionen offiziell Arbeitslosen kommen derzeit eine Million von der Bundesagentur für Arbeit wegdefinierte Arbeitslose hinzu, dazu eine Vielzahl ungewollt Unterbeschäftigter und prekär Beschäftigter mit niedrigen Löhnen und unsicheren Arbeitsverhältnissen. Mit der Agenda 2010 und den Hartz IV-Reformen hat Arbeitslosigkeit als Bedrohung zudem einen ganz anderen Stellenwert erhalten, da ein viel größerer Absturz möglich wurde.

- Einkommen und Vermögen sind höchst ungleich verteilt. Die soziale Marktwirtschaft kann ihr Leistungsversprechen nicht einlösen: Zum einen gibt es hoch belastende Arbeiten, die mit Armutslöhnen honoriert werden, während Spitzenverdienste auch bei katastrophalen Leistungen erzielt werden können (z.B. im Management). Einkommen wird zudem nicht nur durch Arbeit erzielt, sondern auch durch leistungslose Kapitalrenditen. Wenn schon beim Einkommen die Herkunft durch familiäre Netzwerke und anerzogene Verhaltensweisen eine große Rolle spielt, so gilt dies umso mehr beim Vermögen. Deutschland gehörte früher zu den westlichen Staaten, in denen die Vermögensunterschiede relativ gering ausgeprägt waren. Inzwischen ist Deutschland nach Litauen das EU-Land mit der höchsten Ungleichheit der Vermögensverteilung. Dazu hat beigetragen, dass seit 1997 die Vermögensteuer nicht mehr erhoben wird, hohe Unternehmens- und Kapitaleinkommen kaum noch progressiv besteuert werden und auch die Erbschaftsteuer durch Verschonungsregeln für Betriebsvermögen am oberen Ende stark regressiv wirkt.
- Deutschland als notorischer „Exportweltmeister“ ist stark mit der Weltwirtschaft verflochten. Die Außenwirtschaftsstrategie besteht darin, die Weltwirtschaftsordnung im Sinne von Freihandel zu gestalten und damit Absatz- sowie Rohstoffmärkte zu sichern bzw. neu zu erschließen. Über Jahrzehnte wurde die Weltwirtschaftsordnung mithilfe anderer Industriestaaten entsprechend gestaltet, etwa im Bündnis der G7 und mithilfe globaler Institutionen wie der Welthandelsorganisation, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds. Anders ausgerichtete UN-Institutionen wie die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die UN-Arbeitsorganisation ILO oder das UN-Weltumweltprogramm UNEP sind gegenüber diesen Institutionen zahnlose Tiger. Die Weltwirtschaftsordnung führt zu völlig inakzeptablen Ergebnissen. Statt Wohlstand dort aufzubauen, wo Mangel und Armut herrscht, werden unterentwickelte Staaten als Lieferanten billiger Arbeitskraft und Rohstoffen ausgebeutet. Aufholende Entwicklungen mithilfe von Industriepolitik und der Kontrolle von Kapitalströmen laufen der Doktrin des Freihandels zuwider und werden behindert.

- Entgegen der Auffassung von Märkten, die ihren Gleichgewichtszuständen zustreben, gehören Wirtschaftskrisen und Instabilitäten zum Wesenskern kapitalistischer Wirtschaftsordnungen. Treiber der Instabilitäten sind in besonderem Maß die Finanzmärkte. Zwar wurde, wenn auch spät, in der letzten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise der Bedarf zum staatlichen Gegensteuern und zur Regulierung der Finanzmärkte erkannt. Die danach angestoßenen Reformen im Rahmen der G 20 kamen aber nicht über einen Reparaturbetrieb hinaus, der den Finanzmarktkapitalismus sicherer macht, in seiner Grundstruktur aber bewahrt. Tieferliegende Ursachen wie die Ungleichheit, außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und Konstruktionsmängel der Europäischen Währungsunion wurden bestritten bzw. mit falschen Konzepten angegangen.

3. Die Notwendigkeit einer transnationalen Wirtschaftspolitik

Die Zeit für alternative Wirtschaftspolitik ist gut und schlecht zugleich. Die Europäische Union steckt in einer schweren Krise, woran die mangelhafte Bewältigung der Eurokrise, die Fixierung auf den neoliberal konstruierten Binnenmarkt und die mangelhafte demokratische Legitimation ihrer Institutionen ihre gravierenden Anteile haben. Sie wird von der nationalistischen Politik der Trump-Administration ebenso herausgefordert wie von zahlreichen Krisen und Konflikten am Rande Europas. Über diese Spaltungstendenzen hinaus stellen bevölkerungsreiche und wachstumsstarke Staaten, allen voran China, die Vorherrschaft des Westens in Frage. Die Zeiten, in denen der Westen an einem Strang zog und anderen Staaten den Weg vorschreiben konnte, sind damit längst vorbei.

Angesichts der globalen Verflechtungen und der europäischen Integration ist eine autonome nationale Wirtschaftspolitik kaum noch sinnvoll möglich. Dafür ist die Zeit einer langfristig ausgerichteten transnationalen bzw. europäischen Wirtschaftspolitik umso mehr gekommen. Ihre Notwendigkeit ist angesichts der vielfältigen Krisen unübersehbar. Gleichzeitig scheinen kooperative Lösungen heute so schwer durchsetzbar wie schon lange nicht mehr.

Die herrschende ökonomische Schule – also die Neoklassik – hat eine klare Antwort auf diese Situation: aufgrund der Komplexität und Unberechenbarkeit globalisierter Märkte soll der Staat von strategischer Wirtschaftspolitik schlichtweg die Finger lassen. Stattdessen sollen sich die Staaten im Inland und – über multilaterale Vereinbarung – auch im Weltmaßstab zu berechenbaren Spielregeln verpflichten, damit die Märkte unverfälschte Signale für die betriebswirtschaftlich richtigen Entscheidungen der privaten Unternehmen geben können. Dahinter steckt ein immens hoher Anspruch an die Indikatorfunktion von Preisen bzw. Märkten, wenn man gleichzeitig bedenkt,

dass das Niveau von Komplexität und wechselseitigen Abhängigkeiten angeblich zu hoch ist, als dass staatliche Institutionen daraus Schlussfolgerungen für eine eigene Wirtschaftspolitik ableiten könnten.

Zwar wird auch die dominante neoklassische Wirtschaftswissenschaft von sich sagen, dass es so etwas wie Wirtschaftspolitik gibt und braucht, dass also staatlichem Agieren in Fragen der Wirtschaft eine große Bedeutung zukommt, gerade auch auf internationaler Ebene. Gemeint sind damit aber multilaterale Abkommen, die das Handeln von Staaten gerade dadurch für Unternehmen berechenbar machen sollen, dass sich die Staaten wirtschaftspolitisch zum Nicht-Eingreifen, zur Nicht-Politik verpflichten, um den vermeintlichen Marktkräften freien Lauf zu lassen. Und tatsächlich: Wenn sich z.B. die Bundesrepublik erst einmal zur Mitgliedschaft in einer EU, einer WTO oder einem CETA entschieden hat, können nachfolgende Bundestagswahlen daran nur sehr schwer etwas ändern. Aus neoliberaler Sicht wird auf diese Weise ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor des Wirtschaftsgeschehens, nämlich nationale Demokratie, weitgehend neutralisiert.

Alternative Wirtschaftspolitik meint einerseits die Rückkehr zu einem zielgerichteten und längerfristigen Vorgehen des Staates zur Beeinflussung der Wirtschaftsentwicklung. Andererseits meint sie auch automatisch eine mindestens europäisch gedachte Zukunftsperspektive, denn die Zeiten, in denen selbst Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land Europas eine nationale Wirtschaftsstrategie z.B. für seine Stahl-, Werften-, Agrar- oder Chemieindustrie ohne Berücksichtigung seiner ausländischen Handelspartner und -konkurrenten ausdenken und umsetzen konnte, sind wirklich lange vorbei.

4. Aktuelle Herausforderungen für eine alternative Wirtschaftspolitik

In wesentlichen Eckpunkten sind sich alternative Ökonominnen und Ökonomen relativ einig, was unverzichtbare Eckpfeiler einer alternativen, europäischen Wirtschaftspolitik sein müssen. Auch wenn die Situation und die Handlungsbedarfe in verschiedenen Ländern natürlich unterschiedliche Schwerpunkte erfordern, sind fünf Eckpfeiler zentral:

1. Öffentliches Investieren in Daseinsvorsorge und den sozial-ökologischen Umbau;
2. Ent-Ideologisierung von Staatsverschuldung und Rückkehr zur gestalten- den Finanzpolitik;
3. Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte;
4. Domestizierung der Finanzsphäre;
5. Aufwertung und demokratische Neubegründung der EU als Akteur.

4.1 Öffentliches Investieren und sozial-ökologischer Umbau

Der dringend nötigen Renaissance des Öffentlichen – nicht nur des Staatlichen – entspricht vor allem die massive Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit, und zwar in den unterschiedlichsten Bereichen. Dabei geht es sowohl um materielle Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Hochschulen und Schulen, Kanalisation etc., aber auch um Energie- und Datennetze. Gleichzeitig bedarf es im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus auch immaterieller Investitionen in Bildung und Forschung, in Gesundheit, in Pflege, in Inklusion sowie in Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und industrielle Modernisierung. In fast all diesen Feldern regiert – trotz angeblich sprudelnder Steuereinnahmen – in Deutschland der Mangel. Gerade hierzulande bedarf es auch öffentlicher bzw. öffentlich geförderter Investitionen im Bereich des Wohnungsmarktes, d.h. einer groß angelegten Neubau- und Sanierungsoffensive öffentlicher Wohnungsbauunternehmen. Diese sollte auf bezahlbares und sozial-nicht-trennendes Wohnen orientiert sein, also nicht nur billige Wohnsilos am Stadtrand errichten.

Bei der Initiative für „das Öffentliche“ geht es nicht nur um eine bessere und preisgünstigere Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Gütern. Diese Initiative muss zugleich ein Experimentierfeld neuer Formen der Partizipation und demokratischen Kontrolle sein, die quasi einen wirtschaftsdemokratischen Sektor in der Ökonomie schafft.

Gedenk der Eingangsprämisse, dass alternative Wirtschaftspolitik transnational gedacht werden muss, wäre die Investitionsoffensive von Anfang an europäisch zu konzipieren. Wenn das Investitionsniveau europaweit schon sehr niedrig ist, in den Euro-Krisenstaaten ist es regelrecht eingebrochen. Durch die gezielte Förderung von Projekten in den peripheren Südstaaten sowie in den mittel- und osteuropäischen Staaten könnte das Investitionsprogramm auch zur Reduzierung des Entwicklungsgefälles in der EU dienen. Speziell für die Eurozone, wo fiskalische Impulse zur Kompensation der weggefallenen nationalen Geld- und Wechselkurspolitik für Stabilisierung und Konvergenz umso wichtiger sind, scheint ein zentral koordiniertes Ausgabenprogramm fast schon überlebensnotwendig zu sein. Denkt man diesen Gedankengang konsequent zu Ende, ist die Einrichtung eines demokratisch kontrollierten Eurozonen-Budgets oder einer europäischen Fiskalkapazität, die neben eigenen Mitteln auch die Möglichkeit zur Kreditaufnahme besitzt, praktisch unausweichlich. Zudem hätte ein europäischer Investitionshaushalt auch den Vorteil, gemeinsame Ressourcen zu bündeln, um damit strategisch wichtige Schlüsseltechnologien (wie erneuerbare Energien, Elektromobilität und künstliche Intelligenz) weiterzuentwickeln, und nicht durch großskalige Programme in China und den USA abgehängt zu werden.

Ein Investitionsprogramm würde gerade in den südeuropäischen Staaten dringend benötigte Wachstumsimpulse geben. Gleichwohl darf Wirtschaftswachstum allein nicht vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Es darf nur so viel Wachstum geben, wie aus ökologischer Sicht verträglich ist. Das schließt in wichtigen Sektoren wie den sozialen Dienstleistungen zwar drastische Wachstumspotenziale ein, in anderen Sektoren muss es dagegen aber aus ökologischen Gründen zu Schrumpfungprozessen kommen. Ziel des Wirtschaftens muss letztlich die Befriedigung von Bedürfnissen bei Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit sein. Welche Wachstumsrate damit erzielt wird, ist dabei sekundär. Das heißt aber auch, dass Forderungen nach Null-Wachstum oder Schrumpfung zwar zu anregenden Gedankenexperimenten einladen, aber im Endeffekt ebenso zu kurz greifen wie eine ökologisch blinde BIP-Wachstumsmaximierung.

Da die Lebensweise der Bevölkerung in den Industriestaaten die natürlichen Lebensgrundlagen der Erde deutlich übernutzt, zugleich aber auch mehrere Milliarden Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern einen deutlich geringeren Lebensstandard haben, muss gleichwohl darüber nachgedacht werden, ob das hiesige derzeitige Wohlstandsniveau überhaupt noch zu steigern ist. Sicher führen eine Hinwendung von Quantität zu Qualität, Maßnahmen zur Steigerung des seelischen Wohlbefindens und die Substitution von Konsum durch ökologisch korrekte Varianten zur Steigerung der Wohlfahrt bei gleichzeitig sinkendem Ressourcenverbrauch, aber dieser ist eben auch besonders drastisch zu reduzieren. In jedem Fall sind einschneidende Korrekturen vonnöten, wenn unser Wohlstand nicht die Lebensgrundlagen aller nachkommenden Generationen ruinieren soll.

Der ökologische Fußabdruck eines Menschen korreliert mit dem vorhandenen Einkommen bzw. Vermögen. Bewohner von Industriestaaten sind aber nicht automatisch sehr viel glücklicher als Menschen in weniger entwickelten Staaten, genauso wie besonders reiche Menschen nicht automatisch sehr viel glücklicher sind als Menschen aus der Mittelschicht. Eine Umverteilung von Wohlstand ist möglich, ohne dass es stärker besteuerten Menschen zwangsläufig dabei schlechter gehen muss. Zumal empirische Untersuchungen zeigen, dass in gleicheren Gesellschaften die allgemeine Zufriedenheit tendenziell höher ist. Die Aussage, dass Wachstum unbedingt notwendig ist, weil nur dann mehr Wohlstand zur Befriedigung von Partikularinteressen zu verteilen ist, hat zwar einen wahren Kern, ist aber in ihrer Pauschalität nicht zu halten.

Die ökologisch motivierte Abkehr vom Primat des Wachstums würde, so eine andere Befürchtung, die ohnehin zu hohe Arbeitslosigkeit weiter vergrößern. In simplen Modellrechnungen ist dies tatsächlich der Fall. Ausgeblendet werden dabei aber die hohen Kosten, die durch die Übernutzung der Lebensgrundlagen in Zukunft entstehen wie auch andere Lösungen zur Behebung von Arbeitslosigkeit. Hier sollte insbesondere Arbeitszeitverkürzung eine

wichtige Rolle spielen, sowohl in Form einer reduzierten wöchentlichen Arbeitszeit, als auch in Form von reduzierter Lebensarbeitszeit, lebensphasenspezifische Arbeitszeitreduzierung und mehr Feier- bzw. Urlaubstage.

Abgesehen davon würde ein konsequent angegangener ökologischer Umbau wahrscheinlich deutlich mehr Arbeitsplätze bringen, als er gefährden würde. Er müsste allerdings finanziert werden, einschließlich von Ausgleichsmaßnahmen für vom Strukturwandel besonders betroffene Regionen. Derzeit werden ökologische Kosten zum Großteil externalisiert. Eine sozial-ökologische Steuerreform zur Internalisierung dieser Kosten würde den Ressourcenverbrauch deutlich verteuern, dafür aber den Faktor Arbeit entlasten und könnte durch weitere flankierende Maßnahmen sozialverträglich ausgestaltet werden. Deutschland schneidet bei umweltbezogenen Steuern mit knapp fünf Prozent des BIP aktuell weit unterdurchschnittlich ab (Platz 25 der 28 EU-Staaten) und müsste, um das Ziel der EU-Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ zu erreichen, den Anteil seiner umweltbezogenen Steuern in den nächsten Jahren mindestens verdoppeln. Klar ist, dass Umweltpolitik aber nicht allein durch Preise, sondern auch aus Ordnungspolitik und strategischer Planung bestehen muss.

4.2 Ent-Ideologisierung von Staatsverschuldung und Rückkehr zur gestaltenden Finanzpolitik

Die letzten Jahrzehnte haben insbesondere in Deutschland zu einer regelrechten Phobie gegenüber Staatsverschuldung geführt. Das reicht von der Einführung der Schuldenbremse ins Grundgesetz über die „Schwarze“ bzw. „Rote Null“ von Wolfgang Schäuble und Olaf Scholz hin zu europäischen Schuldenregeln im Vertrag von Maastricht und noch schärferen Regeln im europäischen Fiskalpakt. Diese Regeln laufen auf ein grundsätzliches Verbot von staatlicher Neuverschuldung hinaus.

Ein solches Kreditverbot ist ökonomisch nicht begründbar (ausführlich siehe MEMORANDUM 2018). Zwar mag als Begründung dafür das Bild des schwäbischen Hausmanns intuitiv einleuchten. Aber schon die schwäbische Unternehmerin könnte leicht aufgeschmissen sein, wenn sie das in den nächsten Jahrzehnten zu nutzende Fabrikgebäude nicht auf Kredit, sondern aus Erspartem und laufenden Einnahmen vorfinanzieren müsste. Tatsächlich ist die Finanzierung von öffentlichen Investitionen durch Kredite nicht nur sinnvoll, sondern ökonomisch sogar geboten und generationengerecht. Denn es sind die kommenden Generationen, die von diesen Investitionen profitieren und deswegen auch über den (steuerfinanzierten) Schuldendienst zu ihrer Finanzierung beitragen sollten.

Für den Staat schaffen die mit einer Investition verbundenen Ausgaben die Basis für Wirtschaftswachstum und damit verbundene Steuermehreinnahmen. Ein Haushaltsdefizit ist finanziell völlig unproblematisch, solange

dadurch die Gesamtwirtschaft (und damit Steuereinnahmen und der Staatshaushalt) schneller wachsen als die Schulden. Gerade in der heutigen Situation riesiger Investitionsrückstände und niedriger Zinsen sind gut investierte öffentliche Mittel extrem profitabel für Staat und Gesellschaft.

Über die Finanzierung von Investitionen hinaus ist Staatsverschuldung auch zum Gegensteuern in konjunkturellen Krisen sinnvoll. Die Weltfinanzkrise von 2008/2009 ging vor allem deswegen weitaus glimpflicher aus, als die Weltfinanzkrise von 1929ff, weil der Staat durch massiven Einsatz öffentlicher Mittel gegensteuerte. Im heutigen Konzept der Schuldenbremse werden zwar bei der Ermittlung des „strukturellen Defizits“ konjunkturbedingte Einflüsse auf den Staatshaushalt herausgerechnet. Die Verfahren der Konjunkturbereinigung sind jedoch viel zu restriktiv angelegt. Die Auswirkungen sind eine Unterauslastung des Produktionspotenzials und schließlich „unfreiwillige“ Arbeitslosigkeit. Mit der Schuldenbremse zielt die Politik aggressiv auf einen Rückzug des Staates aus der gesamtwirtschaftlichen Steuerung.

Für die Überwindung des von der Schuldenbremse massiv beförderten Investitionsstaus ist eine Rückkehr zur „goldenen Regel“ der Finanzpolitik dringend geboten: Der Staat muss sich im Umfang seiner Nettoinvestitionen wieder fremdfinanzieren können. Langfristig müssten durch Vertragsänderungen die bisherigen Fesseln für eine expansive makroökonomische Politik in Gestalt der europäischen Schuldenregeln des Maastrichter Vertrages, des Wachstums- und Stabilitätspakts samt seiner Reformen sowie der Schuldenbremse des europäischen Fiskalpaktes abgestreift werden.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass gesamtwirtschaftlich mit Schulden auch immer die damit verbundenen Vermögenstitel an die kommende Generation vererbt werden. Um eine intra-generationengerechte Lastenverteilung des steuerfinanzierten Schuldendienstes sicherzustellen, ist die Beteiligung von hohem Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinnen, die in den letzten Jahrzehnten zunehmend zurückgefahren wurde, am Gesamtsteueraufkommen deutlich zu erhöhen.

4.3 Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abbauen

Wirtschaftspolitik – also europäische Wirtschaftspolitik – muss systematisch immer auch im Sinne ökonomischer Konvergenz gedacht sein, die nicht durch Marktkräfte, sondern in der Regel nur gegen Marktkräfte erreicht werden kann. Konvergenz bedeutet auch, dass alle Mitgliedsländer in der Wirtschaftsgemeinschaft – und umso mehr in der Währungsunion – einen angemessenen Anteil an der industriellen Gesamtproduktion beitragen. Industrielle Produktion – z.B. im Vergleich zu den meisten Dienstleistungen – bringt tendenziell immer höhere Produktivität und höhere Lohnniveaus mit sich. Es kann nicht sein, dass einige wenige Länder in der EU – darunter Deutsch-

land derzeit – quasi die industrielle Produktion für die gesamte Union übernehmen zu versuchen, um ihre Produkte dem Rest der Union zu verkaufen. Die Folge sind nämlich dramatische Leistungsbilanzüberschüsse, die die anderen Partner der Union zum Hinnehmen von Leistungsbilanzdefiziten zwingen. Und chronische Leistungsbilanzdefizite verursachen immer Arbeitslosigkeit und führen früher oder später in die Überschuldung.

Schon seit der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes 1967 ist die Erreichung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ein wirtschaftspolitischer Auftrag an jede deutsche Bundesregierung. Leider haben die Bundesregierungen der letzten 50 Jahre diesen gesetzlichen Auftrag konsequent ignoriert. Der Auftrag ist aber heute aktueller denn je, denn mit der Schaffung des Euros wurden auch die letzten währungspolitischen Spielräume abgeschafft, um Leistungsbilanzungleichgewichte durch Währungsanpassungen abzufedern. Heute kann ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht in der Euro-Zone nur noch durch aktives Eingreifen in die Innovationsfähigkeit, in die Fiskalpolitik, in das Lohngefüge und in die Arbeitsmarktordnungen der Mitgliedsländer erfolgen. Und genau diese Eingriffe können entweder kooperativ und solidarisch erfolgen – oder die Anpassungslasten werden einfach den Schwächsten aufgebürdet. In der bisherigen Euro-Krise ist nur letzteres passiert, und an diesem Egoismus droht die EU nun auseinander zu brechen. Länder wie Spanien, Portugal, Irland und Griechenland wurden zu Krisenländern erklärt, weil sie nicht nur der Ort der Krise, sondern auch die vermeintlichen Verursacher der Krise seien.

Eine solidarische, zukunftsfähige europäische Wirtschaftspolitik wird stattdessen darauf achten, dass durch öffentliche Förderung und gezielte Infrastrukturmaßnahmen neue Produktion und Innovation auch dort entstehen, wo die Not und die Arbeitslosigkeit regional besonders groß sind. Und sie muss Einfluss nehmen auf die Entwicklung der Löhne, der Produktivität und der Qualität der Arbeit.

Das ist auch kein Widerspruch zur Tarifautonomie. Tarifautonomie ist eine historische Errungenschaft und muss verteidigt werden. Aber die Rahmenbedingungen, unter denen die Tarifparteien verhandeln, werden von der Politik gesetzt. Die ganze Agenda 2010 war nichts weiter als ein riesiger Eingriff der rot-grünen Bundesregierung ins deutsche Lohngefüge – zulasten der ärmeren Bevölkerungsgruppen in Deutschland UND zulasten Europas. Kein einzelnes Gesetzespaket trägt mehr Verantwortung für die Krise der Euro-Zone als diese deutsche Niedriglohn-Offensive.

4.4 Domestizierung der Finanzsphäre

Eine erfolgreiche alternative Wirtschaftspolitik in und für Europa muss sich durch ein gemeinsames, geschlossenes Auftreten der europäischen Staaten auf den Finanzmärkten auf mindestens vier Ebenen auszeichnen:

Das bedeutet erstens natürlich zunächst einmal eine deutlich stärkere Regulierung der Finanzmärkte mit dem Ziel, den Finanzsektor und vor allem die großen Finanzkonzerne dramatisch zu schrumpfen und zu entmachten. Angesichts des gewaltigen Wachstums der europäischen Großbanken seit Beginn der 1990er Jahre und des bescheidenen Schrumpfens seit der Krise kann von einem systematischen Aufräumen längst nicht die Rede sein. Infolge des Aufstiegs der Schattenbanken ist der europäische Finanzsektor heute sogar noch größer denn je. Das Risiko von „too big to fail“ besteht weiter fort. Die Konzentration politischer Macht in der Hand privater Konzerne ist weiter enorm groß.

Die herrschende Politik hat seit 2008 durchaus erhebliche Schritte zur Regulierung eingeleitet, aber sie waren und sind im Wesentlichen vom Leitbild der gewinnorientierten börsennotierten Großbank geprägt. Gerade den kleinteiligen und nicht-gewinnorientierten Finanzunternehmen wie Genossenschaftsbanken und Sparkassen wurde und wird damit das Leben unverhältnismäßig schwer gemacht, obwohl gerade sie ein Vorbild für einen sehr viel weniger krisenanfälligen und für die Entwicklung der Realwirtschaft viel nützlicheren Finanzsektor sein sollten.

Zu einem europäischen Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten gehört zweitens auch eine gemeinschaftliche Kreditaufnahme (Stichwort Euro-Anleihen), um als nationale Regierung nicht länger dem Erpressungspotential der Kapitalmärkte ausgeliefert zu sein. Damit ist keine Vergemeinschaftung der Staatsschulden gemeint und natürlich muss es auch vernünftige Regeln für die Nutzung dieser gemeinsamen Kreditaufnahme geben. Aber es gibt keine politische Rechtfertigung dafür, dass Deutschland als einerseits großes und wohlhabendes Land und andererseits als wesentlicher Mitverursacher der Euro-Krise durch das extrem niedrige Zinsniveau in dreistelliger Milliardenhöhe profitiert, während die ohnehin von der Krise schon hart getroffenen Länder für ihre Staatsschulden auch noch zusätzlich Risiko-Aufschläge zugunsten privater Gläubiger bezahlen müssen. Das ist nicht nur nicht-solidarisch, das ist schlicht asozial.

Eine alternative europäische Wirtschaftspolitik gegenüber den Finanzmärkten darf sich aber drittens nicht nur auf Finanzunternehmen im engeren Sinne konzentrieren. Es geht vielmehr um eine generelle Zurückdrängung der finanzmarktorientierten Unternehmenskultur, also des gesamten „Shareholder-Kapitalismus“. Durch Änderung von Bilanzierungsstandards und Meldepflichten, durch eine Zurückdrängung kurzfristiger Aktien- und anderer Wertpapiergeschäfte – Stichwort Finanztransaktionsteuer – und durch die Stärkung der Mitsprache der Beschäftigten und der Öffentlichkeit müssen Unternehmensziele endlich wieder längerfristig ausgelegt und einseitige Kostenverlagerungen zulasten von Beschäftigten, Umwelt und Gesamtgesellschaft verhindert werden. Konkret ließe sich das auf europäischer Ebene z.B. durch gemeinsame Mindeststandards bei Mitbestimmung und bei

Transparenz- und Veröffentlichungspflichten für Unternehmen in der EU befördern.

Und es bleibt nicht zuletzt viertens die Arena der Geld- und Währungspolitik. Die Europäische Zentralbank hat sich in der Krise als die mit Abstand handlungsfähigste europäische Institution erwiesen. Als Mitglied der Troika hat sie zwar einerseits die ökonomisch kontraproduktive und sozial zersetzende Austeritätspolitik in den Krisenstaaten mit zu verantworten. Auf der Ebene der Geldpolitik hat sie andererseits trotz eines recht restriktiven Mandats und bisweilen starken politischen Gegenwinds aus einzelnen Mitgliedsstaaten nach anfänglichen Startschwierigkeiten recht pragmatisch und undogmatisch auf die globale Finanzkrise reagiert. Nur leider wurde ihre expansive Geldpolitik nicht durch eine expansive Fiskalpolitik durch die Gemeinschaft der Mitgliedstaaten flankiert. Den Pragmatismus der Geldpolitik gilt es auszubauen und der EZB diesen neuen Pragmatismus auch ausdrücklich ins geldpolitische Mandat zu schreiben, um ihr so den Rücken gegenüber den privaten Finanzmarktakteuren zu stärken. Um die EZB zu einer vollwertigen Zentralbank zu machen, muss auch das Verbot der direkten Staatsfinanzierung aufgehoben werden.

4.5 Aufwertung und demokratische Neubegründung der EU als Akteur

Die Europäische Union und ihre Institutionen stehen zurecht massiv in der Kritik und auch unter alternativen Ökonominnen und Ökonomen ist die Frage umstritten, ob man diese EU „nur“ radikal reformieren muss, oder ob es einen europäischen institutionellen Neuanfang geben muss. Da eine erfolgreiche alternative Wirtschaftspolitik nur eine europäische Wirtschaftspolitik sein kann, ist dafür nicht nur eine andere Politik der EU gefordert, sondern eine andere EU selbst.

Zu den wichtigsten Elementen einer grunderneuerten EU, in der wirtschaftspolitische Alternativen überhaupt erst sinnvoll vorstellbar wären, gehören:

- die Schaffung einer Zuständigkeit der EU für eine wirksame Koordination der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer entlang der oben genannten drei Eckpunkte, begleitet durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen über viele wirtschaftspolitische Fragen in der Union,
- eine deutliche Vergrößerung des Budgets der EU, damit eine für diese Koordination zuständige europäische Institution – z.B. eine europäische Wirtschaftsregierung oder europäische Wirtschaftsministerin – auch über hinreichend große, eigene Finanzspielräume verfügt, mit denen sich eigenständige, gesamtwirtschaftlich messbare Projekte anschieben lassen,

- solche Forderungen nach Aufwertung und quasi einem Vertrauensvorschuss für die EU ist den Bürgerinnen und Bürgern – und insbesondere den EU-Kritikern – nur dann zu vermitteln und zuzumuten, wenn die EU selbst viel demokratischer wird und sie ein soziales Profil zurückgewinnt. Es bedarf daher einer Aufwertung des Europäischen Parlaments, das endlich das Recht zur Einbringung eigener Gesetzesinitiativen bekommen und viel weitgehendere Befugnisse gegenüber der Kommission erhalten muss. Ein sozialeres Profil erhielte die EU dadurch, dass sie in ihren Politikempfehlungen endlich aufhört, soziale Standards nach unten zu nivellieren, statt soziale Missstände zu benennen. Eine Zuständigkeit für die Koordination der Sozialen Sicherungssysteme und langfristig eine europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik können ein solches Profil der EU unterstützen. Es bräuchte daher auch zeitnah eines konkreten „europäischen Sozial-Leuchtturms“, der den Menschen hilft, sich Europa als Solidargemeinschaft vorzustellen. Ein Beispiel dafür könnte eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung sein, die es auch ökonomisch für einzelne EU-Länder unattraktiv macht, durch merkantilistische Politik einfach Arbeitslosigkeit ins EU-Ausland zu exportieren. Mit dem ungerechten und asozialen Konkurrenzgebaren in der EU, Stichwort „Steu-erwettbewerb und Steueroasen“ muss dann natürlich ebenfalls Schluss sein. LuxLeaks, Panama Papers und Paradise Papers machen aber zugleich deutlich, wie weit wir von einem solchen Szenario entfernt sind.
- Last but not least wäre auch eine im Alltag der Bürgerinnen und Bürger erfahrbare Life-Style-Institution hilfreich. Nichts hat Europa für die Menschen erfahrbarer gemacht als die Freiheit des Reisens, sich in anderen Ländern Europas aufzuhalten, sei es nun aus berufliche Gründen, als Studium oder Praktikum im Ausland, oder einfach als Urlaubsreise. Wäre da nicht so etwas wie eine öffentliche europäische Eisenbahngesellschaft eine faszinierende Idee für eine gelebte Begegnungsinfrastruktur in Europa?

Abschluss und Ausblick

Sicher gibt es über die vorgenannten Eckpfeiler einer alternativen europäischen Wirtschaftspolitik viel Diskussionsbedarf. Klar aber ist, dass nur durch eine derart breit angelegte Offensive und die Wieder-Erfindung des Politischen die derzeitige Krise überwunden werden kann. Europa muss ein soziales und ökologisches Europa werden, oder es wird als politisches Projekt auseinanderbrechen. Um aber Wohlstand für alle in Europa zu erreichen, braucht es starke demokratische Institutionen, die die Richtung vorgeben und dies nicht den Märkten überlassen.

Literatur:

Memorandum 1990: Im deutsch-deutschen Umbruch: Vorrang für sozialen und ökologischen Umbau, dort Kapitel 5: Für ein soziales, ökologisches und demokratisches Wirtschaftssystem – Grundsätze alternativer Wirtschaftspolitik, Papyrossa, Köln

Memorandum 2012: Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat, dort Kapitel 9: Neoliberale versus Alternative Wirtschaftspolitik, Papyrossa, Köln

Memorandum 2018: Preis der „schwarzen Null“: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken, dort Kapitel 6: Schuldenbremse: Investitionsoffensive statt „schwarzer Null“, Papyrossa, Köln

IÖW, RWI und Wuppertal Institut, Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition“. <https://www.ioew.de/publikation/gesellschaftliches-wohlergehen-innerhalb-planetarer-grenzen/>

Auswahl gemeinsamer Produkte von Axel und Rainald seit Februar 2018

Schriftliche Stellungnahme und Auftritt bei Anhörung der Bremischen Bürgerschaft zur Vermögensteuer/Millionärsteuer plus Referat zu Umsteuern bei der Linken Bremen

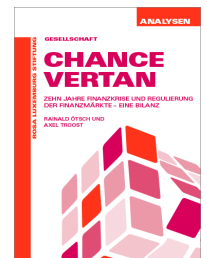
Produktion des Memorandum 2018: „Preis der ‚schwarzen Null‘: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken“ zum 1. Mai 2018



Powerpoint-Vorträge und verschiedene Referate zu:

- Kommunalfinanzen
- Europa geht auch solidarisch
- 10 Jahre Finanzkrise und Bilanz der Regulierung
- Alternative Wirtschaftspolitik
- Sozial-ökologischer Umbau (u.a. Workshop bei der IG Metall)
- Umsteuern
- Staatsverschuldung

Studie für die RLS: „Chance vertan: Zehn Jahre Finanzkrise und Regulierung der Finanzmärkte - eine Bilanz" (erste Auflage vergriffen, Studie musste nachgedruckt werden)



Beitrag zur Festschrift für Prof. Heinz-J. Bontrup: „Was heißt alternative Wirtschaftspolitik heute?“

„Aufstehen oder sitzen bleiben?“ Kommentar zur Sammlungsbewegung für Disput

Studie für die RLS mit Klaus Steinitz: „Versprechen nicht erfüllt. Zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit dem Herbst 1989“



"Wohin treibt Europa? Eine kurze Bilanz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019" von Klaus Busch, Joachim Bischoff und Axel Troost, Beitrag zur Europa-Sonderausgabe des Sozialismus 11/2018

Laufende Projekte:

Griechische Steuerpolitik – Bilanz der Syriza-Regierung

Studien-Entwurf von 100.000 Zeichen zum 30.11 bei der RLS eingereicht

Pilot-Studie für die RLS zum Braunkohle-Ausstieg und Strukturwandel/Beschäftigungssicherung in den ostdeutschen Braunkohlerevieren
